
3001/J XXVII. GP

Eingelangt am 04.08.2020

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen

an den Bundeskanzler

betreffend Nord Stream Sanktionen

In der letzten Juliwoche wurde erhöhter Druck vonseiten der USA gegenüber der Nord Stream Pipeline kolportiert. So schreibt die APA am 26. Juli, U.S. Regierungsvertreter hätten via Videokonferenz am Bau beteiligte Unternehmen über weitreichende Konsequenzen gewarnt, sollten sie ihre Mitarbeit nicht einstellen. Dabei saßen laut APA bis zu 12 Amerikaner den Firmenmanagern gegenüber.

Außenminister Mike Pompeo hatte vor einer Woche bereits angekündigt, Firmen, die an Nord Stream arbeiten, mittels eines Gesetzes sanktionieren zu wollen, das eigentlich dazu dient, Unternehmen unter Strafe zu stellen, die mit Nordkorea oder Russland sanktionsbrechende Geschäfte machen.

Als kontra produktive Konsequenz der Drohungen sind bereits europäische Firmen aus dem Bauprojekt ausgestiegen und mussten durch russische ersetzt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Österreich ist durch die OMV an Nord Stream beteiligt. Welche Sanktionen haben die USA den OMV in Aussicht gestellt? Welche Kosten sind durch Sanktionen zu erwarten?
2. Welche anderen österreichischen Unternehmen wären von U.S. Sanktionen gegen Nord Stream betroffen?
3. Welche Maßnahmen müssen die OMV und andere österreichische Unternehmen befürchten?
4. Die deutsche Bundesregierung hat sich bereits gegen „völkerrechtswidrige, extraterritoriale Sanktionen“ verwehrt. Hat Österreich bereits eine Stellungnahme zu den Androhungen solcher abgegeben, oder wird die Bundesregierung dies tun?
5. Welche konkreten Maßnahmen trifft die Bundesregierung zum Schutz österreichischer Interessen und der Interessen österreichischer Unternehmen am U.S.- und am Weltmarkt?
6. Ist ein gemeinsames europäisches Vorgehen geplant?

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

- a. Welche Vorschläge wird die Bundesregierung in Brüssel machen, um europäische und spezifisch österreichische Interessen gegenüber den USA einheitlich als Europäische Union zu vertreten?
7. Die U.S. Kritik an Nord Stream bezieht sich auf (i) die steigende Energieabhängigkeit Europas von Russland, und (ii) die negativen Auswirkungen auf die Ukraine im Streit mit Russland, da nun russisches Erdgas die Ukraine nicht mehr durchqueren muss. Ungeachtet der Frage der Rechtmäßigkeit der U.S. Sanktionen in diesem Fall:
 - a. Wie ernst nimmt die österreichische Bundesregierung die Abhängigkeit von Russland, vor allem in Hinsicht auf eine Sanktionspolitik Europas gegenüber Russland für dessen aggressives Verhalten in der Ukraine, in Syrien und anderen Teilen der Welt, die Russland als seine Einflussosphäre betrachtet?
 - b. Welchen Einfluss hat die neue russische Verfassung, die Vladimir Putin weitreichende neue Macht einräumt, auf das Bedrohungsszenario gegenüber Russland, speziell was Erpressbarkeit wegen Energie angeht?
 - c. Die U.S. Sanktionen bringen Europa nun in ein noch stärkeres Abhängigkeitsverhältnis zu Russland. Gibt es Möglichkeiten, diese Abhängigkeit abzufedern?
8. Sollten die Sanktionen die Fertigstellung von Nord Stream tatsächlich verhindern oder signifikant verzögern, hat die Bundesregierung einen Alternativplan zur Sicherstellung der Energieversorgung?